

Aufruf zur Bundestagswahl 2013

***Für ein starkes Nordrhein-Westfalen
in einem starken Deutschland.***

***Industriestandort sichern.
Kommunen stärken.
Energiewende gestalten.***

**Beschluss des
35. Landesparteitags der
CDU Nordrhein-Westfalen
am 6. Juli 2013 in Bad Salzuflen**



CDU

Inhaltsübersicht

I.	Präambel	1
II.	Industrieland stärken – Wettbewerbsfähigkeit verbessern	1
III.	Energiewende erfolgreich gestalten	2
IV.	Infrastruktur erhalten und ausbauen.....	3
V.	Leistungsgerechte Steuern für eine solidarische Gesellschaft	3
VI.	Handlungsfähigkeit und Finanzkraft der Kommunen stärken.....	4
VII.	Nordrhein-Westfalen soll zum Aufsteigerland werden.....	5
VIII.	Sicherheit gewährleisten und persönliche Freiheit schützen	6
IX.	Ohne ein stabiles Europa kein starkes Nordrhein-Westfalen	7
X.	Tradition bewahren, Zukunft gestalten.....	8

Initiativantrag des Landesvorstands an den
35. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen am 6. Juli 2013 in Bad Salzuflen

Aufruf zur Bundestagswahl 2013

Für ein starkes Nordrhein-Westfalen in einem starken Deutschland.

Industriestandort sichern. Kommunen stärken. Energiewende gestalten.

I. Präambel

Nordrhein-Westfalen gilt zu Recht als „Kernland“ unserer Republik. Dieser Anspruch ist begründet in der historischen Rolle unseres Landes beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, in seiner Einwohnerzahl und in seiner wirtschaftlichen Leistungskraft.

Zugleich wird Nordrhein-Westfalen seit 2010 unter Rot-Grün wieder unter Wert regiert. Aufgrund einer staatsfixierten, dabei planlosen und regulierungswütigen Verschuldungspolitik bleiben die enormen Potenziale dieses Landes und seiner fleißigen, innovativen Einwohner ungenutzt. Es droht sogar ein weiterer Abstieg Nordrhein-Westfalens gegenüber anderen Bundesländern im föderalen Wettbewerb.

Dies gilt insbesondere für die großen aktuellen politischen Herausforderungen wie der Sicherung und Weiterentwicklung der industriellen Arbeit, der erfolgreichen Gestaltung der Energiewende und der dringend notwendigen Stärkung unserer Kommunen.

Die CDU hat als Regierungspartei im Bund bewiesen, dass sie von den Problemen in unserem Land mehr versteht und bessere Lösungen anzubieten vermag als SPD und Grüne. Deshalb ist unser Anspruch, auch weiterhin Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Unser Vaterland darf nicht Rot-Grün, möglicherweise nach dem von Frau Kraft praktizierten Modell der Duldung durch die Linke, überlassen werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird aus diesem Grund alle Kräfte mobilisieren, damit Angela Merkel als Kanzlerin einer unionsgeführten Bundesregierung ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Dank der Impulse und der Unterstützung von Seiten des Bundes wird Nordrhein-Westfalen wieder in die Lage versetzt, seine Potenziale als führendes Industrie- und Energieland in Deutschland und Europa zu entfalten. Nordrhein-Westfalen vermag nur dann wieder zu erstarken, wenn auch Deutschland weiter stark regiert wird.

II. Industrieland stärken – Wettbewerbsfähigkeit verbessern

Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor der Industriestandort Nummer 1 in Deutschland. Sechzehn der vierzig größten deutschen Handelsunternehmen haben hier ihren Sitz. Die nordrhein-westfälischen Industrieunternehmen setzen im nationalen wie globalen Wettbewerb über 350 Milliarden Euro um. Dies entspricht 20 Prozent des gesamten deutschen Industrieumsatzes.

Unser Wohlstand basiert auf unserer vielfältigen Industrie. Das trifft auch und ganz besonders auf Nordrhein-Westfalen zu, wo die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr genauso wie die innovativen, vielfach familiengeführten mittelständischen Weltmarktführer und die zahlreichen hochqualifizierten Handwerksbetriebe im ganzen Land unser wirtschaftliches Rückgrat bilden. Nordrhein-Westfalen muss Industrieland bleiben, da ein Industriearbeitsplatz im Durchschnitt der Wertschöpfung und Steuerkraft immer noch so viel wiegt wie vier Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor zusammen.

Für eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft erwarten wir den Verzicht auf übertriebene bürokratische Auflagen und Bestimmungen. Wir bejahen ausdrücklich die Notwendigkeit ökologischer und klimaschutzverträglicher Produktionsweisen. Eine übertriebene staatliche Gängelung die aufgrund ihres angeblichen ökologischen Nutzens zu Wettbewerbsnachteilen gerade in den ökologisch innovativen nordrhein-westfälischen Unternehmen der Chemie-, der Stahl-, der Automobil- und der Elektroindustrie führt, lehnen wir jedoch strikt ab. Das nordrhein-westfälische Klimaschutzgesetz dient aufgrund europaweit gehandelter Zertifikate nicht dem Klimaschutz. Es gefährdet ausschließlich die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

III. Energiewende erfolgreich gestalten

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das Industrieland Nr. 1 in Deutschland, sondern auch das führende Energieland. Das bedeutet eine besondere Chance und Verantwortung zugleich. Eine ökologisch vertretbare und ökonomisch sinnvolle Struktur der Energieerzeugung bzw. -versorgung stellt eine unabdingbare Basis für den Erhalt des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen dar. Die Energiewende ist dabei mit allen damit verbundenen Herausforderungen und Anstrengungen ein Gesellschaftsprojekt, an dem sich alle beteiligen müssen.

Die CDU bekennt sich zum Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit. Die weitere Ausgestaltung der Energiewende muss sich deshalb neben ihrem Beitrag zum Klimaschutz an der Frage der Versorgungssicherheit sowie bezahlbarer Energiepreise für Privathaushalte und Unternehmen messen lassen. Wir fordern vernünftige und kalkulierbare Bedingungen für die Einspeisung des aus erneuerbaren Energien gewonnenen Stroms sowie einen zwischen dem Bund und den Ländern sinnvoll koordinierten Ausbau erneuerbarer Energieträger. Im Interesse einer wirkungsvollen Stromkostenbegrenzung ist eine grundlegende Reform der Förderrichtlinien des EEG erforderlich. Ziel ist es, generell marktwirtschaftliche Energiesysteme mit effizienter, technologieoffener, innovationsfreundlicher sowie europarechtlich kompatibler Ausrichtung zu etablieren. Wir setzen auf Anreize statt auf Verordnungen oder gar Verbote. Außerdem treten wir für verlässliche energiepolitische Rahmensetzungen ein, die im Sinne der Versorgungssicherheit und Kostenbegrenzung den Betrieb und den Neubau moderner und effizienter Kohle- und Gaskraftwerke in einem marktwirtschaftlich organisierten Umfeld mit einschließen. Deshalb muss zügig die Inbetriebnahme des weltweit modernsten Kraftwerkes Datteln IV erfolgen.

Mit der Energiewende untrennbar verbunden ist zudem die Zukunft des Forschungsstandortes Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Wir setzen uns für eine gezielte Forschungsförderung in Zusammenhang mit der Energiewende ein, damit bisher noch offene Fragen in den Bereichen Speichertechnologie, Infrastruktur wie intelligente Netze, Verbrauchsoptimierung sowie Kostenreduzierung gelöst werden können.

IV. Infrastruktur erhalten und ausbauen

Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine mobile Gesellschaft ist eine intakte und belastbare Verkehrsinfrastruktur. Wir als CDU Nordrhein-Westfalen fordern aus diesem Grund die Sanierung maroder Verkehrswege und den durch rot-grüne Untätigkeit verhinderten bzw. verzögerten Ausbau von Schiene und Straße. Dazu ist es notwendig, dass Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur Ausgabenschwerpunkte der Bundesregierung bilden und Nordrhein-Westfalen als führendes Wirtschafts- und Transitland seiner Bedeutung entsprechend berücksichtigt wird.

Nordrhein-Westfalen verfügt über insgesamt 2.207 km Autobahnen, 4.767 km Bundesstraßen, 12.837 km Landesstraßen, rund 9.728 km Kreisstraßen sowie rund 13.000 Brücken und Tunnel. Für diese zentralen Verkehrsverbindungen bedarf es in den kommenden Jahren enormer finanzieller Investitionen, um Mobilität in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft zu gewährleisten. Außerdem verlaufen die wichtigsten West-Ost- bzw. Nord-Süd-Autobahnverbindungen durch unser Bundesland. Daher erwarten wir von der Bundesregierung, die notwendigen Bundesmittel zur Instandsetzung und -haltung maroder Straßen und Brücken zur Verfügung zu stellen. Wir fordern eine Orientierung am Bedarf, damit der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, aber auch Deutschland insgesamt gestärkt wird.

Zur Verbesserung der Mobilität und der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens sind auch die Erneuerung und der Ausbau des Schienennetzes unabdingbar. Mit einer Gesamtstreckenlänge von rund 4.700 km hat Nordrhein-Westfalen das dichteste Schienennetz Europas. Umso wichtiger ist es daher, dass die Bundesregierung ihre Zusage bei den Finanzierungsvereinbarungen zum Ausbau der Betuwe-Linie einhält und den Bau eines dritten Gleises in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten schnellst möglich umsetzt. Zu einer spürbaren Entlastung des Schienennetzes in Nordrhein-Westfalen trägt auch der geplante Rhein-Ruhr-Express (RRX) bei, der bis 2017 mit Unterstützung des Bundes zwischen Dortmund und Köln in Betrieb gehen soll. Neue Perspektiven dazu bietet die Aufnahme des zweigleisigen Ausbaus zwischen Münster und Lünen in die vorrangigen Schienen-Ausbauplanungen der EU ab 2014. Die dadurch gegebenen europäischen Mitfinanzierungsmöglichkeiten (30 Prozent) müssen Einfluss auf die Prioritäten der Verkehrswegeplanungen bekommen.

Auch die rot-grüne Landesregierung muss endlich ihrer verkehrspolitischen Verantwortung nachkommen. Einsparungen beim Etat des Ministeriums für Bauen, Wohnen und Verkehr sind der falsche Ansatz. Besonders betroffen sind die Fördertöpfe für den Um- und Ausbau von Landesstraßen. Wir fordern die Landesregierung auf, selbst ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um so für die notwendige Verkehrssicherheit zu sorgen.

V. Leistungsgerechte Steuern für eine solidarische Gesellschaft

Wer Maß hält, kann sich etwas leisten. Daher wollen wir die erfolgreiche Politik des sparsamen Haushaltens im Bund fortführen und die dadurch gewonnenen Freiräume für finanzpolitische Schwerpunkte nutzen. Zu einer vorausschauenden und berechenbaren Wirtschaftspolitik gehört der Grundsatz, produzierende Unternehmen und insbesondere den Mittelstand nicht durch Steuererhöhungen zu belasten. Deshalb wird es mit der CDU, die sich zu Industrie und Mittelstand bekennt, keine verschärfte Erbschaftsteuer, keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, keine Vermögensabgaben, keine systematische Benachteiligung von Personengesellschaften und keine neuen sogenannten „Klimaschutz-

abgaben“ geben. Um Deutschland und Nordrhein-Westfalen darüber hinaus zu einem wirklichen Aufsteigerland machen zu können, bedarf es schließlich einer starken gesellschaftlichen Mitte. Diese darf deshalb nicht steuerlich systematisch geschwächt werden. Denn nur eine starke Mitte kann die Enden einer Gesellschaft zusammenhalten und ermöglicht soziale Gerechtigkeit. Mit uns wird es keine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent geben, keine Kürzung der Kinderfreibeträge, keine verfassungswidrige Abschmelzung oder gar Abschaffung des Ehegattensplittings, keine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken- und Rentenversicherung und keine Erhöhung der Besteuerung von Kapitaleinkünften. Wir wissen, dass eine Anhebung des Einkommenssteuertarifs an der Spitze wegen des progressiven Steuertarifs bereits bei mittleren Einkommen greift. Gleiches gilt für die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Kürzung der Kinderfreibeträge, von der jede dritte Familie in Deutschland betroffen wäre. Wir setzen dagegen eine Entlastung der gesellschaftlichen Leistungsträger in der Mittelschicht und wir beseitigen die leistungsfeindliche steuerliche Ungerechtigkeit der so genannten „kalten Progression“. Wir bekennen uns zu einem Steuerrecht, welches eine verbesserte Handhabbarkeit aufweist, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands fördert und seine Forderungen gegenüber allen Steuerpflichtigen auch durchzusetzen vermag.

VI. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft der Kommunen stärken

Ein großes, drängendes Problem für uns in Nordrhein-Westfalen ist die finanzielle Lage der Kommunen. Jahrzehntelange finanzielle Ungleichbehandlung bzw. Vernachlässigung durch rote und rot-grüne Landesregierungen haben nordrhein-westfälischen Kommunen im Bundesvergleich zum Schlusslicht gemacht. Als Folge unterliegen die Handlungsfähigkeit und damit die kommunale Selbstverwaltung vieler Kreise, Städte und Gemeinden bereits starken Einschränkungen. Die Konzeptions- und Erfolglosigkeit der amtierenden Landesregierung, lässt die Sorge vor einem kommunalen Kollaps mit unabsehbaren Folgen für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes und den gesellschaftlichen Zusammenhang wachsen.

Ausdruck der Hilflosigkeit dieser Landesregierung ist der immer gleiche, doch stets falsche Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundes. Die CDU-geführte Bundesregierung hat Verantwortung übernommen und lässt die Kommunen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen nicht im Stich. Die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die finanziellen Zuschüsse für die Betreuung Unterdreijähriger sind sichtbarer und wirksamer Ausdruck dieser Verantwortung. Sie haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mehr entlastet als die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung.

Gerade angesichts des kommunalpolitischen Versagens der gegenwärtigen Landesregierung fordern wir die Bundesregierung auf, den von ihr eingeschlagenen Kurs der finanziellen Entlastung von Kreisen, Städten und Gemeinden konsequent fortzusetzen. Insbesondere muss sie dafür Sorge tragen, dass die historische Entlastung der Kommunen durch die Übernahme der Grundsicherung bei den Kommunen auch wirklich ankommt.

Wir wollen gemeinsam mit dem Bund die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung neu regeln. Ihnen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besser zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein den Kommunen übertragen werden darf. Deshalb wollen wir die Eingliederungshilfe weiterentwickeln und in ein Bundesleistungsgesetz überführen. Der Bund soll sich an den damit verbundenen Kosten schrittweise beteiligen und die Kommunen hierdurch ebenso wirksam wie dauerhaft entlasten.

Das alles darf freilich nicht dahingehend missverstanden werden, dass das Engagement des Bundes zu einem von den Ländern einzufordernden Automatismus wird. Vielmehr ist das Konnexitätsprinzip ausdrücklich einzuhalten und so auszugestalten, dass die Verantwortung der Länder für die auskömmliche und aufgabengerechte Finanzierung ihrer Kommunen grundsätzlich präzisiert wird und eine neue Kooperationskultur von Bund, Länder und Gemeinden entsteht. Wir wollen diese Frage zum Gegenstand der geplanten neuen Föderalismuskommission machen und uns dafür einsetzen, dass die besondere Verantwortung für die Kommunen auch seitens der europäischen Ebene angemessen wahrgenommen wird.

Mit Blick auf die besondere Situation der Städte und Gemeinden in der Region Bonn/Rhein-Sieg bekennen wir uns mit Nachdruck zum Bonn-Berlin-Gesetz und Bonn als zweitem Zentrum der Bundesrepublik Deutschland. Das schließt den Erhalt maßgeblicher ministerieller Funktionen und Arbeitsplätze mit ein, für die wir mit moderner Konferenz- und Videotechnik ständig bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Wir werden Bonn als deutschen Standort der Vereinten Nationen, als Sitz internationaler Nichtregierungsorganisationen, als internationalen Konferenzort und als Wissenschaftsstandort stärken und ausbauen.

VII. Nordrhein-Westfalen soll zum Aufsteigerland werden

Die CDU hat sich das Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen in Deutschland zu einem modernen Aufsteigerland zu machen. Wir wollen ein Land, in dem jeder die Chance erhält, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Ein modernes Aufsteigerland zeichnet sich durch ein vielfältiges, differenziertes, aber durchlässiges Bildungssystem aus, das den individuellen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen unabhängig von deren Herkunft oder Nationalität gerecht wird und Integration ermöglicht. Dabei beginnt für uns der Mensch nicht erst mit dem Abitur oder gar einem abgeschlossenen Hochschulstudium. Jedes Land und gerade auch Nordrhein-Westfalen lebt vielmehr von der Vielfalt seiner Menschen mit ihren unterschiedlichen Begabungen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für eine arbeitsteilige Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb unverzichtbar. Dank unseres differenzierten Bildungswesens und des Prinzips der dualen Ausbildung haben wir unter den führenden Industrienationen der Welt die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem das duale Ausbildungssystem entwickelt sich zu einem echten weltweiten Exportschlager. Diesen Vorteil müssen wir erhalten und weiter ausbauen und dürfen ihn nicht im Gegenteil schwächen oder gar schrittweise abschaffen.

Sozialer Aufstieg durch Bildung muss auch für den erstrebens- und lohnenswert sein, dem der Sprung vom HartzIV-Bezieher in eine qualifizierte Beschäftigung gelingt. Voraussetzung hierfür sind jedoch gerechte Löhne für gute Arbeit, mit denen Arbeitnehmer ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Die Würde der Erwerbsarbeit drückt sich nach dem christlichen Menschenbild auch in ihrer Bezahlung aus. Deshalb werden wir uns in der kommenden Legislaturperiode für Maßnahmen zugunsten einer größeren Lohngerechtigkeit stark machen. Wir wollen, dass eine Kommission der Tarifpartner einen tariflichen Mindestlohn für die Bereiche festlegt, in denen es keine Tarifverträge gibt. Mögliche Differenzierungen sollen allein der Kommission obliegen. Wir wollen eine robuste Regelung gegen Lohndumping. Wir setzen uns zudem für eine aktive, möglichst präventive Bekämpfung der Altersarmut ein. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss auch im Alter eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus erhalten. Dieser Grundsatz ist auch dann zu

verwirklichen, wenn das Rentenniveau aufgrund der Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel weiter sinkt.

Eine weitere Voraussetzung für sozialen Aufstieg liegt in starken Familien. Wir als CDU halten am vorstaatlichen, subsidiären Charakter der Familie fest und nehmen den Auftrag von Artikel 6 unserer Verfassung, nach dem Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen, ernst, ohne andere Lebensformen zu diskriminieren. Der Staat hat den Familien nicht vorzuschreiben, wie sie ihr Leben zu führen haben, sondern das selbstbestimmte Leben mit Kindern zu erleichtern und die in den Familien für die Zukunft der Gesellschaft geleistete Arbeit anzuerkennen. Dazu gehört für uns eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner und die Ermöglichung einer echten, flexiblen Wahlfreiheit, die ausdrücklich eine bedarfsgerechte Bereitstellung von U-3-Plätzen einschließt, deren Inanspruchnahme aber nicht zur Pflicht macht.

Die Förderung von Familien muss auch im Steuerrecht weiterhin spürbar bleiben. Wir fordern daher, das bisherige Ehegattensplitting voll zu erhalten und schrittweise ein Familiensplitting einzuführen mit dem Ziel, das Leben mit Kindern zu erleichtern und allen Kindern eine angemessene und von der Verfassung gebotene Unterstützung zukommen zu lassen. Konkret wollen wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf den für Erwachsene geltenden Freibetrag anheben und für untere bzw. mittlere Einkommen sowie Alleinerziehende das Kindergeld entsprechend erhöhen.

Eine erfolgreiche Familienpolitik zeichnet jedoch im Sinne der Generationengerechtigkeit auch die besondere Anerkennung der von den Müttern erbrachten Leistungen durch den Staat aus. Deshalb haben CDU und CSU die Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht eingeführt. Wir wollen künftig bei der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rente aus Gründen der Gerechtigkeit Ansprüche für die Erziehung von vor dem Jahr 1992 geborenen Kindern den Ansprüchen gleichstellen, die für später geborene Kinder erworben werden. So sollen ab 2014 Müttern von Kindern, die vor dem 01.01.1992 geboren worden sind, mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigt werden.

In einem Aufsteigerland dürfen aber auch nicht die eher ländlichen Gebiete von den Ballungszentren abgehängt werden. Insbesondere Nordrhein-Westfalen mit seiner einzigartigen Mischung aus Metropolregionen und großen ländlich geprägten Räumen ist auf eine enge Verzahnung beider Lebensräume angewiesen. Während in vielen Städten dafür Sorge getragen werden muss, dass Wohnraum gerade für Familien und Menschen mit kleineren Einkommen bezahlbar bleibt, sehen sich manche ländlichen Regionen mit gravierenden Folgen des demographischen Wandels konfrontiert. Gleichzeitig sind sie infrastrukturell oft unterversorgt, was Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt. Deshalb appellieren wir an Bund und Land, in ländlich geprägten Regionen eine flächendeckende ärztliche Versorgung der Bevölkerung ebenso sicher zu stellen wie den notwendigen Ausbau moderner Kommunikationstechnologie, vor allem des schnellen Internets. Zum dauerhaften Erhalt ländlicher Räume gehört jedoch genauso die Förderung einer umwelt- wie verbraucherorientierten, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben.

VIII. Sicherheit gewährleisten und persönliche Freiheit schützen

Die Menschen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen sollen auch weiterhin in Sicherheit leben können. Aus diesem Grund hat der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Ge-

walt, Kriminalität und Terrorismus für die CDU oberste Priorität. Erst die durch den Staat garantierte Sicherheit ermöglicht den Menschen, sich persönlich frei zu entwickeln. Deshalb sehen wir keinen Widerspruch darin, bestimmte Freiheitsrechte dort, wo es sachlich geboten ist, im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen einzuschränken. Dazu gehört die elektronische Überwachung besonders gefährdeter öffentlicher Räume ebenso wie die Kontrolle sensibler Datenübertragungswege. Steigende Alltagskriminalität und -gewalt, aber auch die sehr reale, wachsende Gefahr extremistisch motivierter Terrorakte machen hier entschiedene staatliche Aktivitäten bzw. konsequentere gesetzliche Regelungen erforderlich. So fordern wir die Einführung der obligatorischen 48-Stunden-Videoaufzeichnung auf Bahnhöfen, Flughäfen und exponierten öffentlichen Plätzen und deren Auswertung durch die Polizei. Ebenso ist eine engere Abstimmung zwischen Bundespolizei und den Polizeibehörden der Länder bei der Prävention und Aufklärung von Straftaten erforderlich. Die Zahl der Kriminalfälle, die in Verbindung mit dem Internet steht, hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen. Die CDU ist sich der steigenden gesellschaftlichen Bedeutung und der Chancen der digitalen Welt, aber auch der damit verbundenen Notwendigkeit einer erhöhten Cybersicherheit gegen Wirtschaftsspionage und für die Wahrung der Privatsphäre bewusst. Vor allem zur Bekämpfung der Internetkriminalität und der organisierten Kriminalität, ist eine Mindestspeicherfrist von Verbindungsdaten unter Gewährleistung des Datenschutzes unentbehrlich. Die Strafverfolgung ist in solchen Fällen häufig nur dank der gespeicherten Daten erfolgreich. Dasselbe gilt auch für viele Straftaten außerhalb des Internets. Wir fordern daher Polizei- und Sicherheitsbehörden zur Vorbeugung von Straftaten und zur Ergreifung der Täter technisch wie personell adäquat auszurüsten und mit der notwendigen Rechtssicherheit auszustatten. Nur eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung erzeugt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl, in einer wirklich wehrhaften Demokratie zu leben.

IX. Ohne ein stabiles Europa kein starkes Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist das „Europa-Land“ in Deutschland und hängt auch in Zukunft existenziell ab vom Erfolg der europäischen Idee und unserer Wirtschafts- und Währungsunion.

Um den Euro dauerhaft stabil und krisenfest zu machen, bedarf es einer Vollendung der Europäischen Währungsunion, indem die gemeinsame Währung eingebettet wird in eine gemeinschaftliche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Um eine funktionierende europäische Stabilitätspolitik zu gewährleisten, sollten zeitnah handlungsfähige Institutionen, effektive Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen erhalten werden, die in ein gemeinsames Europa münden. Die Fortentwicklung der Europäischen Union hin zu einer handlungsfähigen Stabilitätsgemeinschaft geht zwingend einher mit der Übertragung von Souveränitätsrechten. Diese Souveränitätsübertragung dient der Erhaltung von nationaler Gestaltungsmacht und liegt daher im nationalen, deutschen Interesse.

Unser Ziel bleibt eine Europäische Verfassung zu schaffen, in der die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union klarer geregelt werden ebenso wie die von Rat, Kommission und Parlament. Nur ein starkes Europäisches Parlament kann ein demokratisch legitimes Europa gestalten.

Im Kern geht es aber darum, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden, um die dauerhafte Stabilität des Euro zu gewährleisten. Ein EU-Konvent braucht allerdings Zeit. Hier muss Sorgfalt vor Geschwindigkeit stehen. Angesichts der erheblichen Veränderungen des globalen Machtgefüges können die europäischen Völker nur noch ge-

meinsam ihre Interessen durchsetzen. Deshalb muss Europa um seiner selbst willen dazu bereit sein. Bei der Einführung des Euro ist es nicht gelungen, die gemeinsame Währung in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einschließlich dazu gehörender Institutionen und Verfahren einzubetten. Dieses Versäumnis muss so schnell wie möglich korrigiert werden, um den Euro zu vollenden. Die EU hat gerade durch die Politik der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments erheblich ihre Instrumente zur Durchsetzung der fiskalischen Solidarität und zur Kontrolle des Finanzsektors gestärkt. Die zahllosen Koordinierungsversuche der Wirtschaftspolitik sind im Wesentlichen wirkungslos geblieben. Neben Sparen bedarf es jetzt struktureller politischer und institutioneller Reformen. Dafür bietet der Vertrag von Lissabon heute noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten. Die durch die neuen Instrumente auf europäischer Ebene veranlassten Reformen in den Krisenstaaten und die verbesserte Überwachung müssen konsequent weiter geführt werden. Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ebenso ab, wie die Rückkehr zu nationalen Währungen.

Aufgrund der globalen Herausforderungen besteht die Notwendigkeit zur Rückgewinnung politischer Handlungsmacht gegenüber den Kapitalmärkten. Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, des Drogen- und Menschenhandels und von Finanzdelikten durch die Organisierte Kriminalität in wichtigen Politikfeldern brauchen wir ein stärkeres Europa.

Notwendige Integrationsschritte sollte die gesamte Europäische Union gehen. Wenn einige EU-Mitgliedstaaten allerdings noch nicht mitgehen können, müssen sie nach dem Vorbild der Wirtschafts- und Währungsunion und des Schengener Abkommens über den Wegfall der Personenkontrollen an den Binnengrenzen die anderen Staaten vorangehen lassen.

Wir streben eine grenzüberschreitende, von mehr Gemeinschaft getragene gemeinsame Energiepolitik in Europa an, die den Einfluss der Europäischen Union auf den globalen Energiemärkten erhöht. Zur Sicherung der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte europäischer Bürgerinnen und Bürger ist insbesondere im geplanten Freihandelsabkommen mit den USA sicherzustellen, dass ein umfassender Datenschutz gewährleistet wird.

X. Tradition bewahren, Zukunft gestalten

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein unverwechselbarer Markenkern unserer Partei. Sie allein garantiert den Zusammenhalt der Gesellschaft. Nur solide Finanzen und die rigorose Einhaltung der Schuldenbremse eröffnen Staat und Gesellschaft eine reelle Zukunftsperspektive.

Erarbeiten kommt vor Verteilen. Freier, marktgerechter Wettbewerb, allerdings nach klaren ordnungspolitischen Regeln, ist immer besser als staatlicher Dirigismus und Zwangswirtschaft. Das Wissen um diesen Zusammenhang hat Nordrhein-Westfalen einst zum Motor und „Kernland“ der alten Bundesrepublik werden lassen. Nur seine Beherzigung wird aus ihm auch ein Land mit Zukunft machen. Zum Land der Zukunft. Zum Aufsteigerland.

Darum geht es bei der kommenden Bundestagswahl:

Nordrhein-Westfalen und seine Bürger – das müssen wieder die starken Schultern Deutschlands werden. Nicht zum Selbstzweck und nicht allein zum Nutzen der Rheinländer, der Westfalen und der Lipper. Sondern aus Verantwortung für das ganze vereinigte Deutschland im vereinten Europa.